

(A) **Präsident Weber:** Herr Abgeordneter Hinners, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Das provoziert natürlich einige Nachfragen, Herr Senator! Darin sind ja auch Präventionskonzepte enthalten beziehungsweise zu entwickeln. Sehen Sie die Möglichkeit, dass diese Präventionskonzepte auch in Bremen Anwendung finden könnten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Es geht ja darum, dass die Universität in Emden Präventionskonzepte für mittelständische Unternehmen entwickelt, um sie robuster gegen Hackerangriffe zu machen, und die Polizei arbeitet mit ihnen zusammen, liefert dann das Material, die Sachverhalte aus der Praxis, um dies dann in einer wissenschaftlichen Begleitung auch umzusetzen. Das ist ein ganz vernünftiger Ansatz, aber er setzt voraus, dass man zwei Partner hat, die das machen, und dafür war die Zeit einfach zu kurz, um herauszufinden, ob es in der Wirtschaft Interesse gibt und ob die Universität so etwas anbieten kann.

Das Projekt ist, wie gesagt, im September gestartet worden. Geben Sie uns einfach etwas Zeit, um einmal zu schauen, ob das eine Sache ist, die trägt und ob wir in Bremen für eine solche Projektstruktur überhaupt Unterstützung finden!

(B) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Nein, keine weitere Frage, nur eine Bitte: Würden Sie dann in der Innendeputation zu gegebener Zeit darüber berichten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Aber immer!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Einsatz von Fußfesseln im Land Bremen**“. Die Anfrage trägt die Unterschrift des Abgeordneten Timke.

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Timke** (BIW): Ich frage den Senat:

Erstens: Welche jährlichen Kosten entstehen dem Land Bremen für die gerade beschlossene Beteiligung an der gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder?

Zweitens: Was kostet die elektronische Fußfessel pro Stück, und wie viele dieser Geräte will das Land Bremen in den nächsten zwölf Monaten anschaffen?

Drittens: Ist es für den Senat vorstellbar, den Einsatz der elektronischen Fußfessel zukünftig auf weitere Einsatzzwecke oder Personengruppen auszudehnen und, wenn ja, auf welche?

(C)

Präsident Weber: Diese Anfrage wird von Herrn Staatsrat Prof. Stauch beantwortet.

Staatsrat Prof. Stauch: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der nach dem Königsteiner Schlüssel auf das Land Bremen entfallende Anteil an den fixen Kosten wird voraussichtlich etwa 17 500 Euro jährlich betragen. Pro überwachter Person werden laufende Kosten von jährlich etwa 2 780 Euro anfallen.

Zu Frage 2: Anschaffungskosten für die Geräte entstehen nicht. Diese werden von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung beschafft und den Ländern zur Verfügung gestellt. Die hierfür entstehenden Gebühren sind in den laufenden Kosten enthalten.

Zu Frage 3: Die elektronische Aufenthaltsüberwachung soll in Bremen ausschließlich nach richterlicher Anordnung im Rahmen der Führungsaufsicht zum Einsatz kommen. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

(D)

Die zehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Bio-Brotbox für Grundschülerinnen und Grundschüler**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Frau Dogan, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Abgeordnete Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die bundesweite Aktion der Bio-Brotboxen für Erstklässlerinnen und Erstklässler, die auf die Bedeutung täglichen gesunden Frühstückens für die kindliche Entwicklung aufmerksam machen soll?

Zweitens: Aus welchen Gründen sind bisher in Bremen als einzigem westdeutschen Bundesland noch keine Bio-Brotboxen verteilt worden, wie in diesem Jahr in zwölf anderen Bundesländern an insgesamt 160 000 Schulanfängerinnen und Schulanfänger, das sind 22 Prozent aller Erstklässlerinnen und Erstklässler?

Drittens: Wie bewertet der Senat die positive Resonanz von Bremer Akteurinnen und Akteuren, die sich bereit erklärt haben, die gesamten Kosten für die Bio-Brotbox-Aktion zu übernehmen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird von Frau Senatorin Jürgens-Pieper beantwortet.

(A) **Senatorin Jürgens-Pieper:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In Deutschland kommt jedes vierte Kind ohne Frühstück in die Schule. Das ist auch an den Bremer Schulen bekannt. Die Aktion der Initiative ist daher für Bremer Grundschulkindern vor dem Hintergrund der gesunden Ernährung grundsätzlich sinnvoll und bedenkenswert. Die Befüllung der Box durch den Anbieter mit einem gesunden Frühstück erfolgt allerdings nur einmalig. Zwar bietet das Vorhandensein einer solchen Box durchaus einen Anreiz, um jedoch eine dauerhafte Versorgung der Kinder mit einem gesunden Frühstück durch Befüllung der Boxen durch die Eltern zu erreichen, muss die Aktion von den Schulen begleitet und mitgetragen werden. Es gibt allerdings an den Bremer Schulen bereits zahlreiche Aktionen, die versuchen, den Kindern langfristig ein gesundes Frühstück zu ermöglichen.

Zu Frage 2: Das Angebot, die Aktion Bio-Brotbox auch in Bremen durchzuführen, wurde erstmals im Februar 2011 durch den überregional tätigen Anbieter vorgestellt. Da dieses Angebot für das Land Bremen unter den oben genannten Aspekten interessant zu sein schien, wurde der Auftrag erteilt zu überprüfen, ob das Angebot wettbewerbsrechtlich unbedenklich ist. Die Prüfung hat keine rechtlichen Bedenken gegen die Durchführung der Aktion ergeben. Allerdings musste zunächst abgewartet werden, ob sich Bremer Unternehmen tatsächlich bereitfinden, die Aktion zu unterstützen.

Mit Schreiben vom 12. August 2011 erklärte sich die Bremer Bio-Brotbox-Initiative bereit, die Umsetzung in Bremen zu organisieren. Die Möglichkeiten einer Unterstützung dieser Initiative werden derzeit geprüft. Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Durchführung an Schulen in sozialen Brennpunkten sinnvoll ist, da viele der Kinder hier keine Brotboxen besitzen und durch die Verteilung der Dosen zumindest die Möglichkeit gegeben ist, diese dann auch täglich zu befüllen. Zunächst müsste bei den Schulen der Bedarf und die Bereitschaft zur Umsetzung abgefragt werden.

Zu Frage 3: Inzwischen konnten von der Initiative namhafte Sponsoren wie die Bremer Sparkasse, der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr, Werder Bremen, der Großmarkt, das Naturkostkontor, die VerbraucherAnStiftung und die Bremer Vernetzungsstelle Schulverpflegung gewonnen werden. Die Initiative bietet an, die Aktion zum nächsten Schulanfang durchzuführen, da eine zunächst geplante Durchführung nach den Herbstferien von den Sponsoren nicht getragen wird. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Abgeordnete Dr. Schaefer, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie haben in Ihrer Antwort gesagt,

prinzipiell sei diese Aktion sinnvoll und bedenkenswert, geben aber zu bedenken, dass es eine einmalige Aktion sei. In den anderen Bundesländern findet diese Aktion zum Teil schon seit zehn Jahren statt. Welche Erfahrungen haben diese Bundesländer mit dieser Aktion gemacht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich kenne keine Auswertungen oder gar irgendwelche Wirksamkeitsforschung zum Verteilen dieser Plastikboxen oder ob diese dann wirklich weiter gefüllt werden. Das Problem ist doch – und da ist auch mein Problem –, dass man den Kindern zwar zunächst einmal gesunde Lebensmittel in einer Box in die Hand drückt, dass man dann aber, wenn Sie einmal an einen Stadtteil wie Gröpelingen denken, der ein sozialer Brennpunkt ist, davon ausgehen muss, dass die Eltern anschließend erstens kaufen und zweitens auch befüllen müssen, und da haben wir ein richtig großes Problem, weil die Familien das meistens nämlich nicht tun. Deshalb ist es sinnvoller, dass es nachhaltig in der Schule ein Frühstück gibt und dass versucht wird – von der Schule getragen –, dieses Frühstück dauerhaft zu organisieren.

Ich halte dies in gewisser Weise auch für eine Werbung, die nicht schlecht ist, wir haben es ja geprüft, es ist eine sinnvolle Sache – und die Ehefrau des Bundespräsidenten unterstützt das Ganze –, dass Naturkostprodukte auch bekannt gemacht werden. Das ist nicht falsch und bestimmt auch gut. Wir haben aber in Bremen eine Schülerschaft, die vielfach in Armutsverhältnissen lebt, die vielfach keine Unterstützung vom Elternhaus bekommt, sodass solche Aktionen natürlich auch im Hinblick auf die Nachhaltigkeit eine gewisse Fragwürdigkeit haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Gleichwohl, wenn Sie sagen, das sei ja eine sinnvolle Aktion und der Sinn dieser Aktion sei gerade auch eine Sensibilisierung und nicht das tägliche Befüllen dieser Brotbox, ist es dann nicht trotzdem ein sinnvoller Baustein in dem ganzen Kontext der gesunden Ernährung, wie man Schüler und ihre Eltern genau darauf sensibilisiert?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Aber, Frau Dr. Schaefer, Sie wissen doch auch, dass gesunde Ernährung dann zustande kommt, wenn die Ernährung darauf dauerhaft eingerichtet und umgestellt wird. Von einer einmaligen Aktion wird man wohl kaum sagen können, dass anschließend die Kinder gesund ernährt sind, sondern es kommt doch auf die Nachhaltigkeit

(C)

(D)

(A) an, und da habe ich einfach ein Problem, auch mit der Aktion. Also, ich bin dafür, dass sie von mir aus für Naturkost werben können, aber wir dürfen das auch nicht überhöhen und sagen, dass durch eine einmalige Aktion die gesunde Ernährung unserer Schulkinder gewährleistet ist!

Präsident Weber: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe das nicht so verstanden, dass das damit intendiert ist, sondern dass es um eine Sensibilisierung geht. In Ihren letzten Ausführungen haben Sie gesagt, dass die Initiative trotz alledem bereit ist, diese Aktion zum nächsten Schuljahresbeginn durchzuführen. Wie sehen Sie die Chance für eine Genehmigung, wenn man sie als Baustein und als einen Teil der Sensibilisierung für dieses Thema sieht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Also, die Chance ist gut, wir haben kein wettbewerbsrechtliches Problem, aber ich finde auch, wir dürfen solche Aktionen nicht massenhaft durchführen. Es gibt ganz viele Menschen, die Aktionen mit guter Absicht an die Schulen heranzutragen, aber jedes Mal, wenn sie dann enden, dann haben wir das Problem, wie wir eine gewisse Nachhaltigkeit in diese Aktionen seitens des Staates geregelt bekommen; dann sind wir immer gefordert.

Ich kann die Sensibilisierung verstehen, die Sie damit erreichen wollen. Das sehe ich auch so. Sie sensibilisieren aber garantiert nicht die Familien, die ich beschrieben habe, und wenn sie sensibilisiert wären, dann hätten sie vermutlich nicht das Geld, Bioprodukte zu kaufen, weil es nämlich ziemlich teuer ist, in solchen Läden einzukaufen, und sie gehen vermutlich eher in andere Läden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage von der Abgeordneten Frau Schmidtke! – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Frau Senatorin, ist mein Kenntnisstand noch aktuell, dass es in etliche Schulen, sowohl Grundschulen als auch Schulen der Sekundarstufe I, so ist, dass das gesunde Frühstück häufig durch Elterninitiativen sichergestellt ist und damit auch eine Sensibilisierung herbeigeführt wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich würde mir wünschen, dass es dafür auch einmal Schirmherrschaften von Ehefrauen von Bundespräsidenten gibt, damit es nämlich Ehrenamtliche gibt, die es dauernd machen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. (C)

Die elfte Anfrage trägt die Überschrift „**Land Bremen als ‚Schaufenster‘ für Elektromobilität weiterentwickeln**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kottisch, Tsartilidis, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Abgeordneter Kottisch!

Abg. **Kottisch** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Maßnahmen wird der Senat einleiten, um das Land Bremen im Hinblick auf das Thema Elektromobilität auch künftig als eine vom Bund geförderte „Schaufenster-“ oder „Leuchtturm-“ Region zu positionieren?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Chance für eine regionale Clusterbildung im Bereich der Elektromobilität, bestehend aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden?

Drittens: Wie beabsichtigt der Senat, das Land als Teil eines zukunftsfähigen Verkehrskonzepts sowie mit Blick auf die langfristigen Wertschöpfungspotenziale der Elektromobilität in die Metropolregion einzubringen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird von Herrn Staatsrat Dr. Heseler beantwortet.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt: (D)

Zu Frage 1: Der Wettbewerbsaufruf für die Bewerbung als Schaufensterregion wird voraussichtlich im Oktober veröffentlicht. Der Senat ist der Auffassung, dass ein ausschließlich von bremischen Akteuren getragenes Schaufensterprojekt angesichts der in der Ausschreibung geforderten Systemkompetenz keine Erfolgsaussichten hätte. Deshalb werden zurzeit intensive Gespräche über Möglichkeiten einer gemeinsamen niedersächsisch-bremischen Schaufensterbewerbung geführt.

Zu Frage 2: Im Netzwerk „Automotive Nordwest e. V.“ haben sich Unternehmen der Automobilwirtschaft aus Bremen und dem nordwestlichen Niedersachsen organisiert und die Elektromobilität als ein Thema aufgenommen. Der Senat sieht eine perspektivische Chance für die Bildung von tragfähigen Strukturen im Bereich der Elektromobilität in der Verschneidung des Themas mit den im bremischen Innovationsprogramm 2020 definierten Clustern und Kompetenzfeldern.

Zu Frage 3: Der Senat sieht gute Chancen, dass die im Rahmen des Modellprojektes gesammelten Erfahrungen für die Entwicklung neuer Wertschöpfungspotenziale auf dem Gebiet der Elektromobilität genutzt werden. Bremen hat Merkmale zur glaubwürdigen Präsentation zukunftsfähiger Mobilitätskonzepte.